

Markus Dufner

Geschäftsführer



**Rede auf der Hauptversammlung
der RWE AG am 18.04.2013**

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Dr. Schneider! Sehr geehrter Herr Terium!
Sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstands!
Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Mein Name ist Markus Dufner. Ich bin Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Ich vertrete 30 Mitgliedsorganisationen, einige Bürgerinitiativen und viele Kleinaktionäre, die sich für Umweltschutz und Nachhaltigkeit in den Unternehmen einsetzen.

Herr Terium, im RWE-Geschäftsbericht 2012, den sie als Vorstandsvorsitzender verantworten, werden Sie mit folgenden Worten zitiert:

Wir unterstützen die Energiewende und arbeiten daran, dass sie gelingt.

Zwischen dieser Absichtserklärung und den geplanten Investitionen des Konzerns in Technologien, die einen Beitrag zur Energiewende leisten, besteht aber ein himmelweiter Widerspruch.

Während die Investitionen im Bereich der Renewables in diesem Jahr noch bei einer Milliarde Euro liegen, will RWE diesen Betrag in den zwei Folgejahren halbieren.

Herr Terium, Sie stellen fest, dass der gesamte Kraftwerkspark unseres Unternehmens unter dem Ausbau der erneuerbaren Energien leidet.

Was könnte man da tun? Haben Sie mal als Alternative in Erwägung gezogen, den in unserem Unternehmen bisher vernachlässigten Bereich der Renewables auszubauen? Wie ernst können wir Sie und Ihre Ankündigungen nehmen, Herr Terium?

Oder verhält es sich innerhalb des RWE-Konzerns ganz anders? Hätten Sie gern mehr in erneuerbare Energie investiert, konnten sich aber gegenüber Anteilseignern und Aufsichtsrat nicht durchsetzen?

Gegenantrag zu TOP 2: Verwendung des Bilanzgewinns

Wie dem auch sei – bei RWE sind höhere Investitionen in Erneuerbare Energien dringend erforderlich. Deshalb beantragt der Dachverband zusammen mit seiner Mitgliedsorganisation Urgewald zu TOP 2 (Verwendung des Bilanzgewinns) eine Kürzung der Dividende. Die Ausschüttung einer Dividende von 2,00 Euro je

dividendenberechtigter Stückaktie, die einem Gesamtbetrag von rund 1,23 Milliarden Euro entspricht, erscheint angesichts gestrichener Investitionen für erneuerbare Energie als zu hoch. Die Dividende soll auf 1,50 Euro je Aktie gesenkt und der eingesparte Betrag für höhere Investitionen in erneuerbare Energien genutzt werden.

Neue Energie für die Wende! – Stoppt die Klimakiller!

Das eben erschienene Dossier „Bitter Coal“ von FIAN und unserer Mitgliedsorganisation urgewald belegt klar:

RWE – Der selbst ernannte „Marktführer bei der Energiewende“ erzeugt den Großteil seines Stroms aus Stein- und Braunkohle. (Bitter Coal, S. 27)

Lediglich etwas mehr als 1 Prozent der Stromproduktion kommt aus erneuerbaren Energien. Ein Armutszeugnis. Besonders im Hinblick auf RWE haben wir Kritischen Aktionäre unserer aktuellen Kampagne folgendes Motto gegeben: „Neue Energie für die Wende! – Stoppt die Klimakiller!“.

RWE ist aber nicht nur ein Klimakiller. Unser Konzern kümmert sich auch nicht um Menschenrechtsverletzungen und schwerste Umweltschäden in den Ländern, aus denen er die Kohle für seine Kraftwerke bezieht.

Für die über 30 Millionen Tonnen importierte Steinkohle, die in unseren Kraftwerken jährlich verbrannt werden, verlieren Indigene in Kolumbien ihr Land, werden in den USA Bergspitzen weggesprengt und in Russland sowie Südafrika Flüsse und Grundwasser vergiftet. (Bitter Coal, Einleitung)

Braunkohletagebau

Aber auch hierzulande tut RWE alles, um die Natur großflächig zu zerstören, Menschen aus ihrer Heimat zu vertreiben oder sie krank zu machen.

Warum sind die Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier großen Gesundheitsgefahren ausgesetzt? Der Braunkohle-Tagebau und die Braunkohlekraftwerke erhöhen die Feinstaub- und die radioaktive Belastung der Umgebung.

Erst im August 2012 hat RWE zwei neue Blöcke des Braunkohlekraftwerks Neurath in Betrieb genommen. Sie werden 17 Mio. Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausstoßen. Damit zählt Neurath zu den größten CO₂-Schleudern Europas. Insgesamt verstromt RWE jährlich 90 Mio. Tonnen Braunkohle, die besser in der Erde bleiben würden. Das wird die folgenden Generationen noch teuer zu stehen kommen.

Ein weiteres Problem im Rheinischen Braunkohlerevier sind Gebäudeschäden. Weil im beim Braunkohleabbau der Grundwasserspiegel sinkt, sackt die Erde ab und in vielen Häusern zeigen sich Risse. Ganze Gemeinden müssen den Braunkohlebaggern weichen, Bürgerinnen und Bürger werden oftmals gegen ihren Willen umgesiedelt. Mit der Ausweitung des Tagebaus Hambach sollen weitere Gemeinden verschwinden.

Kriminalisierung von Braunkohlegegnern und Umweltschützern

Sehr geehrte Damen und Herren, auch viele von Ihnen hat sicher schon öfter das Gefühl beschlichen, dass die RWE AG in Nordrhein-Westfalen so etwas wie ein

Staat im Staate ist. Die RWE-Oberen meinen, Sie könnten unter stillschweigender Duldung der Politik mit uns Bürgerinnen und Bürgern machen, was sie wollen. Mijnheer Terium, gehen die Unternehmen in den Niederlanden auch so mit den Bürgern um?

Die RWE AG scheint es nicht für nötig zu halten, die demokratischen Rechte von Bürgern zu achten, die gegen den Braunkohletagebau in ihrer Heimat protestieren. Demonstranten, die von ihrem Recht auf gewaltlosen Widerstand Gebrauch machen, werden kriminalisiert. Im November 2012 und im März 2013 räumte die Polizei auf Veranlassung der RWE AG Camps von Waldbesetzern im Hambacher Forst. Dass die Polizei – auf Veranlassung von wem – dabei ihre Kompetenzen überschritt, ist aktenkundig.

Gegenantrag zu TOP 3: Nichtentlastung des Vorstands

Aus all den genannten Gründen beantragt der Dachverband und seine Mitgliedsorganisation urgewald zu Tagesordnungspunkt 3, den Vorstand der RWE AG nicht zu entlasten.

Kohle-Lobbyisten in der Politik und bei den Anteilseignern

Der sehr niedrige Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung in Nordrhein-Westfalen ist auch auf die enge Verflechtung von Landespolitik und RWE-Konzern zurückzuführen. 45 Bundes- und Landespolitiker, die beste Verbindungen zur Kohle- und Kraftwerksbranche haben, werden gut dafür bezahlt, dass der Kohle-Ausstieg nicht so schnell kommt.

Die Pro-Kohle-Lobbyisten in den Aufsichtsräten hintertreiben die Energiewende, obwohl eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Energiewende befürwortet, wie eine aktuelle Greenpeace-Studie zeigt. Der TNS-Emnid-Umfrage zufolge wollen acht von zehn Deutschen den raschen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Sehr geehrte Damen und Herrn, liebe Kleinaktionäre: Ein Blick auf die Eigentümerstruktur der RWE AG hilft zu verstehen, wie unser Konzern tickt.

Die RW-Energie-Beteiligungsgesellschaft bündelt die Anteile verschiedener NRW-Kommunen, insbesondere der Ruhrgebietsstädte Dortmund, Essen und Mülheim. Sie ist mit 15 Prozent bei weitem der größte Einzelaktionär von RWE. Des Weiteren gibt es den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA): Über 50 Kommunen, Gemeinden und Landkreise gehören zu den Mitgliedern dieses eher verschwiegenen Verbandes. ... Nach Schätzungen des Handelsblatts beträgt der Anteil kommunaler Eigentümer bei RWE aber immer noch fast 23 Prozent. Dementsprechend sitzen im 20-köpfigen RWE Aufsichtsrat derzeit vier kommunale Vertreter: Ulrich Sierau (OB Dortmund), Dagmar Mühlenfeld (OB Mülheim), Roger Graef (Geschäftsführer des Verbandes der kommunalen RWE-Aktionäre) und Frithjof Kühn (Landrat des Rhein-Sieg-Kreises). - Bitter Coal, S. 26 -

Interessant ist auch folgende Tatsache:

Wichtige kommunale RWE-Anteilseigner wie Dortmund, Essen und Mülheim schenken zwar in ihren Rathäusern Fairtrade-Kaffee aus und legen kommunale

Klimaschutzprogramme auf, aber vor den Folgen von RWEs Steinkohleverbrauch verschließen sie die Augen. - Bitter Coal, S. 27 -

Gegenantrag zu TOP 4: Nichtentlastung des Aufsichtsrats

Warum sollte neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat von RWE nicht entlastet werden?

Herr Dr. Schneider, Sie sind bereits seit 2009 Vorsitzender dieses Gremiums. Sicher können Sie mir eine einfache Frage beantworten: Warum kommt der Aufsichtsrat einer seiner Hauptaufgaben nicht nach – der Kontrolle der Vorstandsarbeit?

Ist dem Aufsichtsrat von RWE der Widerspruch zwischen den Absichtserklärungen des Vorstands und den tatsächlichen Maßnahmen im Bereich der Investitionen nicht aufgefallen? Woran lag das?

Die Halbierung der Investitionen für erneuerbare Energien in den Jahren 2014 und 2015 ist ein schwerer strategischer Fehler der RWE AG. Der Konzern kommt immer weiter ab von den zu erreichenden Zielen der Energiewende. Dafür ist der Aufsichtsrat mit verantwortlich.

Die Forderung an die RWE AG lautet daher: „Neue Energie für die Wende! – Stoppt die Klimakiller!“ – auch die im Aufsichtsrat.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 8: Nachwahlen zum Aufsichtsrat

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, Herrn Prof. Dr.-Ing.

E. h. Hans-Peter Keitel nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats zu wählen und begründet dies wie folgt:

Herr Prof. Keitel ist bereits Mitglied in sieben Aufsichtsräten von Wirtschaftsunternehmen:

- Commerzbank Aktiengesellschaft
- Deutsche Messe Aktiengesellschaft
- EADS Deutschland GmbH
- Heitkamp & Thumann Group
- National-Bank Aktiengesellschaft
- ThyssenKrupp AG
- Voith GmbH

Die Kontrolle eines großen DAX-Unternehmens wie RWE erfordert von einem Aufsichtsratsmitglied volles Engagement. Ob Herr Prof. Keitel das notwendige Engagement aufzubringen in der Lage ist, erscheint aufgrund seiner zahlreichen anderen Mandate zweifelhaft.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt 2009 in seinem Arbeitspapier über die „Auswirkungen von Mehrfachmandaten deutscher Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender auf den Unternehmenserfolg“ zu folgendem Ergebnis:

Mehrfachmandatsträger in Vorständen und Aufsichtsräten stehen seit langer Zeit in der öffentlichen Kritik. Anhand eines Paneldatensatzes für die größten deutschen Unternehmen im Zeitraum von 1996 bis 2006 wird der Einfluss von Mehrfachmandaten von Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden auf den

Unternehmenserfolg untersucht. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass zwischen der Anzahl der Aufsichtsratsmandate des Vorstandsvorsitzenden und dem Erfolg seines Unternehmens ein konkaver positiver Zusammenhang besteht: zu viele Mandate wirken offenbar kontraproduktiv. ... - Sachverständigenrat, Arbeitspapier 01/2009, Juli 2009 -

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Bitte stimmen Sie den Gegenanträgen des Dachverbands der Kritischen Aktionäre und von urgewald zu.